

Pressespiegel vom 21.10.2011

Sächsische Zeitung

Ein kraftvolles Zeichen

Von Bettina Klemm

Es geht langsam voran, aber es geht voran. Am 13. Februar 2012 soll es vormittags eine Gedenkfeier auf dem Heidefriedhof geben. Am Abend will Dresden mit einer Menschenkette an die Opfer des Bombenangriffs auf die Stadt 1945 erinnern und ein Zeichen der Geschlossenheit gegen rechtsradikale Aufmärsche setzen. Am 18. Februar soll es eine politische Veranstaltung an einem zentralen Ort geben. Das teilte gestern Frank Richter, Moderator der „Arbeitsgruppe 13. Februar“, mit.

Was will die „Arbeitsgruppe 13. Februar“ erreichen?

Gewaltsame Auseinandersetzungen wie in diesem Februar wolle Dresden nicht wieder erleben. „Deshalb haben wir uns direkt danach in der Arbeitsgruppe zusammengesetzt, um Lehren daraus zu ziehen“, sagte der Erste Bürgermeister Dirk Hilbert. Die Arbeitsgruppe war von der Oberbürgermeisterin ins Leben gerufen worden. In ihr arbeiten alle Fraktionen des Stadtrats mit, sitzen Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirche, Kultur, Sport, Vereinen und Verbänden. „Wir sind als Stadt dringend gewillt, einen Konsens zu erreichen, um ein wirksames Signal gegen den Missbrauch des 13. Februars zu setzen. Rechtsextreme haben in unserer Stadt nichts verloren“, sagte Hilbert. Er erwarte, dass bei dieser Frage alle mitziehen.

Worüber wurde bereits Einigkeit erzielt?

Nach Einschätzung von Frank Richter sind die Gemeinsamkeiten weitaus größer als die Unterschiede. Einig seien sich die AG-Mitglieder in der Ablehnung rechtsextremistischer Demonstrationen und in der Ablehnung von Gewalt. Die Menschenkette sei ein gutes Mittel, bewährt und allgemein akzeptiert. Die große Gegenveranstaltung gegen den erwarteten Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar soll an einem zentralen Ort in Hör- und Sichtweite der Extremisten sein. Wie sie ausgestaltet wird, ist noch nicht geklärt.

Worüber gibt es noch keine Einigkeit?

Der größte Streit besteht in der Bewertung von Blockaden nicht verbotener Demonstrationen. Dieses Thema wurde vorerst ausgeklammert und soll erst zur nächsten Sitzung am 23. November behandelt werden. Moderator Frank Richter hält zwar persönlich Blockaden für ungeeignet. Dennoch plädiert er dafür, die Gewissensentscheidung jedes Einzelnen zu respektieren.

Wie konnte sich die Gruppe dann trotzdem einigen?

In der Arbeitsgruppe wurden die Gemeinsamkeiten gesucht. Als Kompromissformel

fasst Richter zusammen: „Die Mitglieder der AG besitzen und erheben zur Gestaltung des 13. und des 18. Februar keinen Exklusivitätsanspruch.“ Zudem hätten sie sich darauf geeinigt, dass keine Protestform moralisch höher als die andere bewertet werden dürfe. Gemeinsame Aktionen seien nur möglich, wenn aufeinander zugegangen werde.

Welche weiteren Veranstaltungen soll es geben?

Das Spektrum wird vielfältig sein: So bitten die Kirchen die Menschen am 18. Februar in die Innenstadt. Unter dem Motto „Bunt unterwegs für Menschlichkeit und Nächstenliebe“ soll es neben Gebeten fröhliche Kulturprogramme als Zeichen gegen rechtsextremistische Aufmärsche geben. Tilo Kießling von den Linken schlägt wiederum vor, dass die Dresdner an der Strecke des Demonstrationzuges der Rechtsextremisten ihren Protest lautstark verkünden sollten. Christoph Hille von der Bürgerfraktion regt hingegen an, entlang der Straßen Kerzen als Zeichen des Protestes in die Fenster zu stellen.

Wie geht es nun mit den Vorbereitungen weiter?

Das ist erstmal nur ein Zwischenergebnis. Die Gruppe trifft sich weiter und arbeitet die Vorschläge aus. Noch sind viele Fragen im Detail zu klären. Und dann beginnt die mühevollen Umsetzung der Ideen.

Wie reagieren die politischen Parteien auf den Kompromiss?

Alle Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände begrüßten gestern die bisherigen Ergebnisse. „Wir sehen sie als guten Zwischenschritt und werden sie jetzt in Fraktion und Partei diskutieren“, sagte Grünen-Sprecher Jens Hoffsommer. CDU-Kreischef Andreas Lämmel bekräftigte jedoch, dass es mit der CDU keine Zusammenarbeit mit linksextremistischen Gewalttätern geben werde. FDP-Fraktionschef Holger Zastrow machte den Verzicht auf Blockadeaufrufe zur Voraussetzung für eine gemeinsame Großveranstaltung am 18. Februar. Die Parteien haben sich vorbehalten, erst noch einmal intern über die Ergebnisse zu beraten.

Justiz will auf Handy-Abfragen im Februar verzichten

Dresden. Die Justiz würde im Falle erneuter gewalttätiger Ausschreitungen anlässlich der geplanten Neonazi-Aufmärsche im Februar 2012 auf Handy-Funkzellenabfragen verzichten. Die Tätersuche mithilfe der Handydaten-Abfrage habe gezeigt, dass linksextremistische Gewalttäter ihre Aktionen gezielt mit anonymen Handys betreiben, sagte Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann am Mittwoch Abend auf einer Veranstaltung des Dresdner Anwaltsvereins. Bei Vorkasse-Handys mit falschen Namen könne nicht mehr zurückverfolgt werden, wer sie genutzt habe. „Die linke Szene hat sich darauf eingestellt.“

Die Abfrage von Handy-Daten durch Polizei und Justiz hatte Kritik ausgelöst, weil Zigtausende unbescholtene Bürger davon betroffen waren. (SZ/lot)

Dresdner Neueste Nachrichten

Menschenkette am 13. Februar - Demonstration am 18.: Dresden will Zeichen gegen Nazis setzen

Stephan Lohse

Dresden. Mit einer Neuauflage der Menschenkette am 13. Februar und einer gemeinsamen Aktion aller demokratischer Kräfte am 18. Februar will Dresden im kommenden Jahr den befürchteten rechtsradikalen Aufmärschen entgegentreten. Dies ist zumindest der aktuelle Konsens der Arbeitsgruppe (AG) 13. Februar, die unter Moderation von Frank Richter, dem Chef der Landeszentrale für politische Bildung, den Widerstand der Dresdner gegen Rechtsaußen koordinieren will. „Was im letzten Jahr passiert ist, darf sich nicht wiederholen“, betonte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP).

„Es ist ein ergebnisoffener Prozess“, betonte Moderator Frank Richter. Es gebe durchaus Differenzen innerhalb der Gruppe, die Gemeinsamkeiten seien aber größer. So sind sich alle Beteiligten einig, dass die Menschenkette als „gutes, bewährtes und allgemein akzeptiertes“ Symbol beibehalten werden soll. Da der 13. Februar ein Montag ist, soll sie in diesem Jahr erst am Abend stattfinden, wann genau ist noch unklar.

Ebenso einig ist sich die Arbeitsgruppe, dass am 13. und am 18. Februar von allen demokratischen Kräften getragene Aktionen stattfinden sollen. Ebenfalls Konsens ist, dass eine Veranstaltung am 18. Februar „auf einem großen zentralen Platz“ in Hör- und Sichtweite zum erwarteten Nazi-Aufmarsch stattfinden soll.

Uneinigkeit bestehe vor allem noch bei der Frage, wie friedliche Blockaden bewertet werden sollen. Während beispielsweise verschiedene Abgeordnete der Grünen und der SPD im vergangenen Jahr selbst die Nazi-Routen blockierten, kritisiert insbesondere die FDP die Blockierer scharf. Für Frank Richter selbst sind Blockaden kein geeignetes Mittel, gab er zu. Aber er respektiere auch die Gewissensentscheidung jedes einzelnen, der anderer Meinung ist. „Das Thema spielte eine große Rolle in unseren Diskussionen“, erklärte Richter. Beim nächsten Treffen der AG im November erwarte er hierzu aber bereits einen gemeinsamen Beschluss.

Zu der Arbeitsgruppe gehören neben Vertretern der Stadtratsfraktionen auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie die Kirchen, der Gewerkschaftsbund, die Jüdische Gemeinde, Handwerkskammer, Kreissportbund, Opferberatung, TU Dresden oder Bürger.Courage. Nicht mit am Tisch sitzt hingegen das Bündnis Dresden-Nazifrei. Weder Richter noch Bürgermeister Hilbert wollten sich dazu äußern, warum diese Gruppierung nicht beteiligt ist. „Wir sind nie eingeladen worden“, sagte ein Sprecher von Dresden-Nazifrei auf Anfrage von DNN-Online. Solange die Diskussion der AG aber um Dinge wie eine Demo in Hör- und

Sichtweite kreisen würde, sei eine Beteiligung von Nazifrei sowieso schwierig. Demos in Sicht- und Hörweite seien längst Bundesrecht, die Diskussion müsse tiefer greifen, so der Sprecher.

Das Bündnis freue sich, dass in Dresden endlich ein pluralistischer Protest zu Stande komme. Im Gesamten bewerte man die aktuellen Pläne aber als unzureichend.

Für den 13. Februar waren Stand Mitte Oktober zwei Demos aus dem rechten Spektrum angemeldet, für den 18. Februar eine. Bürgermeister Hilbert wollte diese Zahlen am Donnerstag nicht bestätigen und äußerte sich auch sonst nicht zum geplanten Umgang mit den erwarteten rechten Aufmärschen. Im Vorjahr hatten Nazi-Aufmärsche sowie die Proteste dagegen Dresden mehrere Tage lang in Atem gehalten. Vor allem am 19. Februar hatten mehrere tausend zum Teil linksextreme Gegendemonstranten versucht, die Nazi-Demos zu verhindern. Die Polizei berichtete anschließend von Straßenschlachten und gewaltbereiten Gruppen von Rechts wie Links.

© DNN-Online, 20.10.2011, 15:30 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Der-Februar-kommt-jedes-jahr-wieder-3453326378>

Mitteldeutscher Rundfunk

Gedenken in Dresden: Gemeinsame Kundgebung gegen Aufmärsche Rechtsradikaler

Dresden sucht weiter nach einem Weg, um gegen die für Februar 2012 geplanten Nazi-Großaufmärsche zum Kriegsgedenken anzutreten. Eine von der Stadt einberufene Arbeitsgruppe stellte am Donnerstag erste Ergebnisse vor.

Zentrale Kundgebung am 18. Februar

Zum ersten Mal wollen Stadt, Parteien und Initiativen die Dresdner für den 18. Februar zu einer zentralen Kundgebung versammeln, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Proteste sollen in "Sicht- und Hörweite" der alljährlichen Naziaufmärsche stattfinden. Am 13. Februar ist wie in den vergangenen Jahren eine Menschenkette geplant. An beiden Tagen - dem 13. Februar und dem 18. Februar - wird wieder mit sogenannten Trauermärschen Tausender Nazis gerechnet. Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert sagte, Rechtsextremisten dürften das Kriegsgedenken nicht weiter umdeuten und missbrauchen. Ob die Stadt ein gerichtliches Verbot der Umzüge anstrebe, wollte der FDP-Politiker jedoch nicht sagen. In den vergangenen Jahren scheiterte dieses Vorhaben, jedoch wurden die Aufmärsche der Neonazis - teilweise gewaltsam - durch Gegendemonstranten blockiert.

Zuspruch von CDU und Gewerkschaften

Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich zwar einvernehmlich gegen Gewalt

ausgesprochen, Uneinigkeit herrscht allerdings noch über die friedliche Blockade von Neonazi-Aufmärschen. Neben den zentralen Kundgebungen wird es auch zahlreiche kleinere Veranstaltungen geben. So rufen etwa die Kirchen in Dresden am 18. Februar zu Friedensgebeten auf. Die CDU begrüßte unterdessen die ersten Ergebnisse. Landtagsfraktionschef Steffen Flath sagte, es sei wichtig, dass sich alle demokratischen Kräfte in Dresden rechtzeitig auf diesen Gedenktag vorbereiten, damit sich die gewalttätigen Ausschreitungen von rechten und linken Gruppen nicht wiederholen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Dresden-Oberes Elbtal sprach sich für eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verbänden und Institutionen aus. Dresden brauche im kommenden Jahr ein starkes Signal für Demokratie, hieß es von den Gewerkschaftern.

Zuletzt aktualisiert: 20. Oktober 2011, 21:48 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/februar102.html>

Radio Dresden

Gedenken zum 13. Februar soll friedlicher werden

Das Gedenken zum 13. Februar 2012 in Dresden soll friedlicher über die Bühne gehen, als in diesem Jahr. Eine Arbeitsgruppe plant für den 13. und 18. Februar gemeinsame Veranstaltungen. So wird an der bewährten Menschenkette festgehalten, sagte Vermittler Frank Richter von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Aufmärsche von Rechten und Gegendemonstranten hatten den Jahrestag der Zerstörung Dresdens in diesem Jahr überschattet.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/gedenken-zum-13-februar-soll-friedlicher-werden-484692/>

Radio PSR

Zentrale Februar Aktion gegen Nazi-Aufmärsche

20.10.2011, 17:40 Uhr

Mit einer neuen Menschenkette und einer zentralen Aktion der Demokraten will Dresden im kommenden Jahr ein Zeichen gegen Nazi-Aufmärsche rund um den 13. Februar setzen. Darauf hat sich jetzt die sogenannte AG 13. Februar geeinigt, in der unter anderem mehrere demokratische Bündnisse, die Stadtratsfraktionen und die Kirchen organisiert sind. Details zu den Aktionen sollen aber erst später genannt werden.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2528630/Zentrale_Februar_Aktion_gegen_Nazi_Aufmaersche.html
